



DEUTSCHER SENIORENTAG 2006

"KÖLNER ERKLÄRUNG"

Alter als Chance in einer Gesellschaft des langen Lebens

Dank verbesserter Lebensbedingungen und des medizinischen Fortschritts haben Seniorinnen und Senioren beim Eintritt in den Ruhestand eine längere Lebensspanne als ihre Eltern und Großeltern vor sich. Häufig sind sie auch gesünder und sozial besser abgesichert.

Die gewonnenen Jahre können ältere Menschen vielfältig nutzen. Sie wollen vor allem das tun, wofür ihnen Beruf und Familie bisher zu wenig Freiraum ließen. Je nach Lebenslage und persönlichen Erwartungen möchten sie dabei unterschiedliche Zielsetzungen verwirklichen wie:

- Ihr Alter bewusst und selbst bestimmt gestalten
- Neue Facetten des Lebens kennen lernen und die eigene Kreativität entdecken
- Auf Jüngere zugehen und gemeinsam etwas unternehmen
- Ihr Wissen und ihre Erfahrungen weiter geben.

Immer mehr Ältere wollen sich aber auch stärker einbringen:

- Sich für andere einsetzen und ihnen helfen
- Verantwortung übernehmen und Partner der Politik sein
- Kontakte zu ausländischen Senioren aufbauen und nachhaltig pflegen.

Ältere Männer und Frauen engagieren sich daher in vielen unterschiedlichen Lebensbereichen und erbringen dabei umfassende Leistungen in Familie,

Nachbarschaft und Gemeinwesen. Persönlich erfahren sie dadurch Wertschätzung und einen deutlichen Zuwachs an Lebensqualität. Sie erkennen, dass das Alter neue Chancen bietet und sie nach der Familien- und Erwerbsphase noch gebraucht werden.

Die vielfältigen Aktivitäten der älteren Bürgerinnen und Bürger bringen aber auch der Gesellschaft Chancen: Sie profitiert von ihrem Engagement und wird durch die Weitergabe ihrer Erfahrungen und ihres kulturellen Erbes an die Jüngeren bereichert. Vor allem die Enkelgeneration schätzt ihre menschliche Wärme.

Der Deutsche Seniorentag 2006 hat sich mit dem Motto „Alter als Chance“ der Aufgabe gestellt, den persönlichen Zugewinn für Seniorinnen und Senioren, aber auch den Zugewinn für das soziale Umfeld herauszuarbeiten, den die gestiegene Lebenserwartung möglich macht. In den Foren wurden, gemeinsam mit den Mitgliedsverbänden, zukunftsweisende Handlungsfelder aufgezeigt. Jedoch wurde auch deutlich, dass produktive Beiträge der Älteren ihre gesellschaftliche Teilhabe und mehr Solidarität zwischen den Generationen und innerhalb der Generationen voraussetzen.

Als Ergebnis steht fest, dass in zentralen Handlungsbereichen wesentliche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit ältere Menschen und die Gesellschaft als Ganzes die Chancen ausschöpfen können. Das gilt auch für Seniorinnen und Senioren, die behindert oder chronisch krank sind.

1. Unterstützung eines engagierten Lebens im Alter

Körperliche und geistige Aktivität sind Grundvoraussetzungen für ein langes, selbst bestimmtes Leben. Wissenschaftlich ist nachgewiesen, dass Bewegung und mentale Aktivierung dazu beitragen, körperliche und geistige Fitness zu erhalten und Erkrankungen vorzubeugen.

Ältere Menschen brauchen geeignete Angebote, damit sie selbst etwas für ihre Gesundheit tun und den Prozess des Alterns positiv gestalten können.

Anerkannte Methoden gesundheitlicher Prävention müssen in Leistungskataloge aufgenommen werden. Für ihren weiteren Auf- und Ausbau sind öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Auch Verbände, die körperliche und geistige Mobilität fördern und erhalten helfen, benötigen mehr Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Programme.

Um der drohenden digitalen Spaltung unserer Gesellschaft vorzubeugen, ist die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien gezielt zu fördern. Eine barrierefreie Gestaltung ermöglicht auch hörgeschädigten und sehbehinderten Menschen die Kooperation mit anderen und erleichtert ein selbst bestimmtes und selbstständiges Leben.

Lernen im Alter sowie innovatives bürgerschaftliches Engagement älterer Erwachsener gelingen, wenn beides auf erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten aufbaut und die Motivation durch attraktive Aufgabenfelder, darauf zugeschnittene Qualifizierungsangebote und unterstützende strukturelle Rahmenbedingungen aufrechterhalten wird.

Wie der 2. Freiwilligensurvey zeigt, bilden ältere Menschen die stärkste Wachstumsgruppe beim freiwilligen Engagement. Immer mehr sind heute in spezifischen, zeitlich begrenzten Projekten aktiv. Seniorinnen und Senioren wollen ihr freiwilliges Engagement jedoch zunehmend selbst bestimmen und sich selbst organisieren.

Ihre Bereitschaft zum Engagement wird gestärkt, wenn sie mit einer Beteiligung an kommunalen Planungen und Entscheidungen verbunden ist. Aus diesem Grund ist die Schaffung von Mitspracherechten auf politischer Ebene unerlässlich.

Flankierend müssen auf kommunaler Ebene Rahmenbedingungen geboten werden, die selbst bestimmtes Engagement fördern. Interessierte Mitbürgerinnen und Mitbürger brauchen vor allem Anlaufstellen, die Rat geben, vermitteln und begleiten können.

2. Stärkung der Solidarität zwischen Alt und Jung

Jeder Einzelne ist aufgerufen, im Alter durch seinen Lebensstil und sein Konsumverhalten Verantwortung nicht nur für sich, sondern auch für andere sowie künftige Generationen zu übernehmen. Seniorinnen und Senioren wollen, dass politische Entscheidungen auch das Wohl der nachwachsenden Generationen berücksichtigen.

Generationsübergreifendes Lernen und lebendiger Erfahrungsaustausch tragen dazu bei, dass die Solidarität zwischen Alt und Jung gestärkt wird. Deshalb sind Projekte, die einen solchen Austausch ermöglichen, nicht nur modellhaft, sondern dauerhaft zu fördern.

Gemeinsames bürgerschaftliches Engagement von älteren und jüngeren Menschen eröffnet vielfältige Chancen für den Generationendialog. Diese Form des Miteinanders muss durch spezifische Weiterbildungsangebote und neue Lernarrangements gefördert werden.

Neue Wohn- und Betreuungskonzepte, die das „Miteinander-Füreinander“ der Generationen ermöglichen, die Vernetzung einschlägiger Dienstleistungen begünstigen und gleichzeitig die Eigenständigkeit des Einzelnen zulassen, sind notwendig und zukunftsweisend. Beispiele dafür sind generationsübergreifende Freiwilligendienste sowie Mehrgenerationenhäuser.

3. Verbesserung der Rahmenbedingungen für die stärkere gesellschaftliche Beteiligung Älterer

Jedes Mitglied einer demokratisch verfassten Gemeinschaft darf nicht nur Forderungen an die Gesellschaft stellen, sondern muss auch bereit sein, Mitverantwortung für das Ganze zu übernehmen.

Staat und Gesellschaft haben nicht nur allen Mitgliedern ein möglichst selbst bestimmtes Leben zu garantieren, sondern auch die Solidarität untereinander zu fördern.

Viele alte Menschen in Deutschland haben in ihrer Jugend Flucht und Vertreibung erfahren. Deshalb sollten sie in der Lage sein, sich in ältere bei uns lebende Ausländer hineinzusetzen, und ihnen mitmenschliche Hilfe leisten. Auch die Gesellschaft ist aufgefordert, Migrantinnen und Migranten zu integrieren. Pflegebedürftig gewordene ausländische Mitbürger haben einen Anspruch auf die Berücksichtigung ihrer kulturellen Bedürfnisse.

Ältere Menschen setzen sich in vielfältiger Weise für das Gemeinwohl ein. Sie wollen jedoch bei wichtigen Entscheidungen auf allen Ebenen mitplanen und mitbestimmen. Insbesondere bei Bund und Ländern werden Mitwirkungsmöglichkeiten Älterer in bestehenden Gremien oft vermisst. In einer Gesellschaft des langen Lebens sind ihre Mitgestaltung und Teilhabe unabdingbar.

Die Länder werden aufgefordert, in ihren kommunalen Vertretungsgesetzen (Gemeindeordnungen) die Mitwirkung älterer Menschen in Seniorenvertretungen verbindlich zu regeln.

Altersdiskriminierung gibt es in vielen Bereichen, z. B. in der Arbeitswelt, bei Finanzdienstleistungen und im Gesundheitswesen. Sie kann nicht hingenommen werden und ist mit allen Mitteln zu bekämpfen. Die hierzu schon vor Jahren verabschiedeten europäischen Richtlinien müssen endlich auch in der Bundesrepublik Deutschland in Kraft gesetzt werden.

Ältere Menschen sind erfahrene und durchaus kritische Verbraucher. Die Vertreter der Wirtschaft sind aufgefordert, ihre Wünsche und Bedürfnisse ernst zu nehmen und sie konsequent zu berücksichtigen. Wenn die Forderungen Älterer nach mehr Nutzerfreundlichkeit, Sicherheit und Service realisiert werden, bedeutet dies für alle Generationen einen Gewinn.

Oft fehlt es Älteren an verlässlichen Informationen, ausführlicher Beratung und situationsgerechtem Service. Im Interesse der Verbraucher sind Qualitätsprüfungen sowie die Einführung verbindlicher Normen notwendig. Die Erstellung von Qualitätssiegeln muss auf transparenten Kriterien beruhen.

Fazit

Das Alter wurde zu allen Zeiten anerkannt und geehrt, oft aber auch als Last und Belastung empfunden. Das Grundgesetz garantiert jedoch allen Bürgerinnen und Bürgern ein Leben in Würde.

Um Alter als Chance zu nutzen, müssen Altersarmut verhindert und die Leistungen von Versicherungen und Staat so gestaltet sein, dass Senioren ihre Mitwirkung auch materiell durch verlässliche und ausreichende Alterseinkünfte ermöglicht wird.

Die Gesellschaft, die vor allem auf Leistung und Nutzen ausgerichtet ist, hat die Würde und den Wert des alternden und alten Menschen auch in Zeiten der Hilfsbedürftigkeit zu achten: Menschen, die aufgrund einer chronischen Erkrankung oder Behinderung in ihrer Selbstständigkeit und Mobilität eingeschränkt sind, bedürfen der Unterstützung der Gemeinschaft, damit sie ihren Möglichkeiten entsprechend gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Sterbende Menschen bedürfen in besonderer Weise nicht nur optimaler medizinischer und palliativer Betreuung, sondern auch einer fürsorglichen und mitmenschlichen Begleitung.

In einer Gesellschaft des langen Lebens sind die Potenziale des Alters für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft von Nutzen:

- Lebens- und Berufserfahrung älterer Arbeitnehmer sind eine wichtige Ressource, daher ist alles zu tun, damit sie im Arbeitsprozess bleiben können.
- Um die Unterstützung hilfsbedürftiger älterer Menschen sicherzustellen, ist auch die Generation der sog. jungen Alten aufgerufen, Mitverantwortung zu übernehmen.
- Freiwilliges Engagement bereichert die Gesellschaft. Deshalb sind neue Formen der sozialen, politischen und kulturellen Partizipation älterer Menschen zu schaffen und die vorhandenen Möglichkeiten auszubauen.
- Bei politischen Entscheidungen muss die Mitwirkung der Älteren gefördert werden. Die dafür notwendigen Strukturen sind zu schaffen.
- Die BAGSO appelliert an die Wirtschaft, stärker in den Dialog mit älteren Menschen zu treten und ihre Bedürfnisse bei der Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen einzubeziehen.

Alle Entscheidungsträger in Bund, Ländern und Kommunen sind aufgefordert, Sorge dafür zu tragen, dass sich ältere Menschen auf die Solidarität der Gemeinschaft und die Sicherstellung ihrer Existenz verlassen, in Würde und Achtung ihrer Person alt werden und entsprechend ihren Fähigkeiten am Leben in der Gesellschaft teilhaben können.

Seniorinnen und Senioren verhalten sich solidarisch und erwarten das auch von anderen Generationen.